



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa
E-mail: angelika.paa@wiesbaden.de

Wiesbaden, 22.01.2009

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
am Dienstag, 27. Januar 2009, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2009

2. **09-F-07-0004**

Naturschutzmaßnahmen beim Durchbruch Goerdeler Straße/Klarenthaler Straße
Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 14.01.2009

Auf unsere Anfrage zu Naturschutzmaßnahmen beim Durchbruch Goerdeler Straße /Klarenthaler Straße wurde uns (SV-Nr. 08-V-66-0262 /Frage 109/08 Bürgerliste Wiesbaden) mitgeteilt, daß ein artenschutzrechtliches Gutachten mit Erfassung der Brutvogelfauna in Auftrag gegeben wurde und eine ökologische Baubegleitung durch ein Projektbüro erfolgen soll. Das Gutachten soll Anfang Februar vorliegen, die Rodungsarbeiten sind für die Zeit zwischen Ende Februar und Mitte März vorgesehen.

Hier ergibt sich folgende Frage: Wie kann eine Brutvogelerfassung erfolgen, wenn, wie aus der Antwort zu entnehmen, erst ab der 50. Kalenderwoche (Dezember) mit der Begutachtung/Bestandserhebung begonnen wurde, aber schon im Laufe des Februars vollendete Tatsachen geschaffen werden?

Davon abgesehen, daß ja wohl eine Vegetationsperiode für eine Beurteilung notwendig ist, bezieht sich eine solche Fragestellung auch auf (evtl. geschützte) winterschlafende Tierarten, die u.a. in Baum- und Erdhöhlen, Komposthaufen usw. überwintern.

Ohne genaue Kenntnis der Sachlage über Vorkommen bestimmter Arten sind auch wiederum notwendige Ausgleichs- und Artenschutzmaßnahmen unseres Erachtens nicht gezielt zu vollziehen. Daß eine ökologische Baubegleitplanung erfolgt, wird sicher diese Versäumnisse etwas abmildern, löst jedoch das Problem nicht.

Der Ausschuß möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen:

- 1) wie er in diesem Fall der Sache des Artenschutzes wirklich gerecht werden will;
- 2) ob und, wenn ja, aus welchem Grund er die dargestellte Vorgehensweise für rechtlich einwandfrei hält;
- 3) wie zukünftig in ähnlichen Fällen der Artenschutz in vollem Umfang gewährleistet werden soll.

3. 09-F-01-0003

Wohnwelt Weidenborn: Energetisches Modellprojekt
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.01.2009

In der Sitzung des Umweltausschusses am 25.11.2008 hat der Umweltausschuss den Bericht zur Sanierung bzw. zum Neubau der GWW-Wohnanlage im Weidenborn zur Kenntnis genommen (vgl. Beschluss 0585 der Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2008).

Der Umweltausschuss hat sich einvernehmlich positioniert, den Passivhausstandard als wünschenswertes Ziel für die Neubaumaßnahmen zu definieren.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine umweltfachliche Stellungnahme zum Gutachten des „Instituts für Wohnen und Umwelt“ zum energetischen Konzept im Wohngebiet „Weidenborn“ und zu der Stellungnahme der GWW zum Gutachten des „Instituts für Wohnen und Umwelt“ (Beschluss des Magistrats Nr. 0975 vom 18.11.2008) vorzulegen.

Gleichzeitig wird der Magistrat aufgefordert, diese fachliche Stellungnahme in den weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess (städtebauliche Rahmenplanung) gleichfalls (also zusätzlich zu den Ergebnissen der beiden Gutachten) zur Geltung zu bringen.

4. 09-F-01-0002

Ökologischer Mietspiegel
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.01.2009

Der Ausschuss möge beschließen:

Nachdem der Umweltausschuss mit Beschluss Nummer 0194 vom 25. November 2008 den Magistrat um die Einrichtung einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Erstellung eines ökologischen Mietspiegels gebeten hat, wird der Magistrat jetzt aufgefordert, zeitnah tätig zu werden.

Da die Verhandlungen zum Mietspiegel bereits Ende Januar beginnen, wird der Magistrat gebeten, bereits zu Beginn der Verhandlungen, an der auch die Organisationen beteiligt sind, die in o.a. Beschluss genannt werden, die umweltpolitischen Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden einzubringen.

Dabei ist sicherzustellen, dass das Umweltamt als Fachbehörde hinzugezogen wird, um die Fachargumente für die Erstellung eines ökologischen Mietspiegels in die Diskussion mit einzubringen.

5. 09-F-01-0004

Übersicht über städtische Grundstücke für die Kleintierzucht
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.01.2009

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten aufzulisten, welche Grundstücke sich in städtischem Besitz befinden und durch Kleintierzuchtvereine genutzt werden (Hühner, Tauben, Kaninchen, Hunde, etc.).

6. 09-F-25-0005

Energieeffiziente Strommessung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.01.2009

Zur Strommessung in der Bundesrepublik Deutschland werden meist mechanische Stromzähler mit Magnet- und Wirbelstromantrieb verwendet. Die Zähler verbrauchen ca. 2500 Millionen Kilowattstunden pro Jahr.

Der hohe Stromverbrauch kann durch die Nutzung von „Smartmetern“, die auf digitaler Technik basieren, um etwa ein Drittel reduziert werden. Neben der direkten Stromeinsparung bei der Messung, reduziert die neue Technik durch die Optimierung des Stromverbrauchs, zusätzlich die Kosten für den Kunden.

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob ESWE-Versorgung die Einführung von „Smartmetern“ plant und ob sie bereits an einem Pilotprojekt teilnehmen.

7. 09-F-25-0001

Sachstand Planungen Bundesgartenschau 2021
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
21.01.2009

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Sachstandsbericht über den Stand der Planungen für die Bundesgartenschau 2021 zu geben. Schwerpunkt sollen unter anderem die für die Bundesgartenschau in Betracht kommenden Grünflächen sowie deren Verwendung sein. Ein weiterer zu behandelnder Aspekt sollten die denkbaren Folgenutzungen der Grünflächen des BUGA-Geländes und die sich ergebenden weiteren Entwicklungschancen für Gesamt-Wiesbaden (z.B. Grünflächenvernetzung) sein.

Den Ausschussmitgliedern ist die Machbarkeitsstudie 1. Phase in der Anlage beigelegt.

8. 08-F-04-0009

Humane Reduzierung der Taubenpopulation in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 01.12.2008 -
Überweisungsbeschluss der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0636 vom
11.12.2008

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, sich für eine zügige Einrichtung eines Taubenschlages im Rathaus einzusetzen.

ANLAGE

9. 08-V-64-0005

DL 53/08-8

Erstellen von Energieausweisen für Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden

10. 08-F-25-0084

Energiepass
Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0128 vom 12.08.2008 und Nr. 0175
vom 28.10.2008

ANLAGE

11. 08-F-25-0002

Bericht zum Sachstand der Umsetzung des Gutachtens Grünflächenpflege
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0198, Ziffer 2 vom 25.11.2008

ANLAGE

12. 09-V-61-0001 DL 02/09-9

Bebauungsplan "Steinern Straße" - 5. Änderung - Bereich "Südlich der Waldhofstraße" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim
- Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes -

13. Aktuelles aus dem Magistrat

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 08-V-67-0012 DL 01/09-15

Benennung der Sachpreisrichter für den Realisierungswettbewerb künstlerisch gestalteter Kinderspielplatz am Schulberg

2. 08-V-36-0028 DL 01/09-1 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 30.10.2008

3. 08-V-36-0029 DL 02/09-1 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 27.11.2008

4. 08-V-66-0103 DL 01/09-2 NÖ

Amerikanische Wohnsiedlung Hainerberg - Übertragung der Verkehrsflächen, einschließlich der Abwassersammelleitungen, auf den Bund

5. **08-V-05-0007** **DL 53/08-1**

Beschaffung einer Hubarbeitsbühne für die Baumkolonne

6. **08-V-80-2323** **DL 01/09-3 NÖ**

Abwicklung Hafenertrag;
Sanierung der Uferböschung im städtischen Teil des Schiersteiner Hafens

7. **08-V-20-0074** **DL 53/08-2 NÖ**

Kredit Nr. 1703 c - Abschluss eines weiteren Vertrages über die Gewährung eines Fördermittelkredites aus dem Abschlussprogramm kommunale Altlastenbeseitigung

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Reinhardt
Vorsitzende